

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Alee.

IV. Jahrgang.

Berlin, Dienstag, den 3. Februar 1885.

№ 14.

Anarchismus und Socialdemokratie.

Der Bericht, welchen die verbündeten Regierungen gesetzmäßig über die Ausführung des Socialistengesetzes, bezw. über die Anwendung der den sog. kleinen Belagerungszustand vorschreibenden Bestimmungen dem Reichstage vorzulegen haben, hat am Sonnabend zu einer längeren Erörterung geführt, an welcher sich weder Anträge noch Beschlüsse knüpften, die aber doch einen gewissen Gewinn erbrachte, insofern sie dem Minister des Innern von Puttkamer Gelegenheit gab, für den Zusammenhang von Anarchismus und Socialdemokratie einen vollgültigen Beweis an das Tageslicht zu bringen.

Als Rechtfertigung für die längere Ausdehnung des kleinen Belagerungszustandes in Berlin und Hamburg-Altona war in dem Berichte einerseits auf die äußere Mäßigung in dem öffentlichen Auftreten der Socialdemokratie, die als eine heilsame Wirkung der Ausnahmemaßregeln zu betrachten sei, andererseits aber auf die in allen Staaten und so auch in Deutschland hervorgetretenen revolutionären Agitationen der anarchischen Gruppe hingewiesen worden. Die socialdemokratischen Abgeordneten suchten nun mit einem großen Aufwand von Sophistereien und Spiegelstechereien die erziehlige Wirkung des Gesetzes in Abrede zu stellen, an der Hand angeblicher Thatsachen die ungerechte Anwendung desselben darzuthun, die Organe der öffentlichen Sicherheit in absolut unbegründeter Weise der künstlichen Anzettelung von Verbrechen zu beschuldigen, jede Verbindung zwischen Socialdemokratie und Anarchismus zu leugnen und letzteren als die Frucht des Socialistengesetzes, ohne welche es nie zum Anarchismus gekommen wäre, auszugeben, woran sich natürlich trotz der guten Geschäfte, die sie nach ihrer Meinung unter dem Einfluß des Socialistengesetzes gemacht haben, die Forderung nach Aufhebung desselben anreihete.

Wenn ein Socialdemokrat aus der Verschiedenheit der Wortbegriffe von Anarchismus und Socialismus die Unmöglichkeit eines Zusammenhanges zwischen Beiden erweisen will, so ist dies doch nur ein Spiel mit Worten. All den Versuchen, dem Volke in dieser Weise Sand in die Augen zu streuen, trat Minister v. Puttkamer mit der unanfechtbaren Thatsache entgegen, daß „die beiden Strömungen, welche sich jetzt auseinandergepalten, in einem gemeinschaftlichen Bette früher zusammengefloßen sind“, daß vielleicht das Socialistengesetz die Trennung der beiden Richtungen zur Folge gehabt hat, daß „diese beiden Früchte aber auf einem und demselben Baume gewachsen sind.“ Wie innerlich aber diese Richtungen auch heute noch verwandt sind, geht aus der vom Minister v. Puttkamer an's Licht gezogenen Thatsache hervor, daß der — nach dem eigenen Zeugniß der socialdemokratischen Parteiführer — amtliche Monteur der Partei, der in der Schweiz erscheinende „Sozialdemokrat“, eine Correspondenz aus Berlin gebracht hat, in welcher es gewagt wird, den Hochverrathsprözeß über das geplante Attentat auf dem Niederwald als eine „Polizeikomödie“ zu bezeichnen, die Ermordung des Polizeiraths Rumpff in Frankfurt a. M. zu entschuldigen, sie als einen „Akt wilder Gerechtigkeit“ darzustellen, den Ermordeten als einen moralisch Verworfenen und als einen Verbrecher zu brandmarken, dem Mörder aber ein menschliches Interesse zuzusichern.

Auf die von dem Minister erhobene Anklage, daß „die Socialdemokraten den Dolch geschärft haben, der den Polizeirath Rumpff in die Grube gebracht hat,“ wurde von den socialdemokratischen Rednern nichts Erhebliches erwidert, konnte auch angesichts dieses Belastungsmaterials füglich nicht geschehen. Und hiermit war der beste Beweis für den Zusammenhang zwischen Socialdemokratie und Anarchismus und somit für die Nothwendigkeit des Fortbestandes der Ausnahmemaßregeln

gegeben. Das Socialistengesetz, welches den Zweck hat, „gewisse Schichten der Bevölkerung von den Einflüssen revolutionärer Agitatoren zu emancipiren und sie vor dem Gifte zu retten, welches durch die socialdemokratische Agitation in ihre Reihen getragen wird,“ hat — trotz mancher schon wahrnehmbarer guter Wirkungen — immer noch ein weites Feld der Wirksamkeit vor sich, und zwar jetzt um so mehr, als der revolutionäre Anarchismus sein Haupt erhebt, mit welchem die Socialdemokratie leider immer noch durch Brücken verbunden ist.

Die Agitationen der „Freisinnigen.“

Es ist in hohem Maße charakteristisch, daß selbst ein Blatt, wie die „Nation“, Wochenschrift für Politik, Volkswirtschaft und Litteratur, die für die Gebildeten des Freisinnns berechnet ist und sich sonst einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben sucht, der sachlichen Erörterung der Frage der Getreidezölle vollständig aus dem Wege geht und dieselbe nur von dem Standpunkt aus in Erwägung zieht, daß damit ein prächtiges Schlagwort für die Massen zu Gunsten der Freisinnigen gefunden sei. Die Freude hierüber scheint in den Kreisen der Freisinnigen Parteilitung so groß zu sein, daß sie sich schon im Geiste wieder als die Herren der Welt oder wenigstens des zukünftigen Reichstags sehen. Und damit sie auch ihrerseits nichts versäumen, wird in den kleinen Heftblättern sowohl wie in der obengenannten freisinnigen Wochenschrift das Stärkste in der Ausbeutung jenes Schlagwortes selbst geleistet.

Für Herrn Th. Barth, der über die Antikornzoll-Bewegung in der „Nation“ leitarthelt und zugleich sich die Aufgabe gestellt hat, gegenüber der gegen den Reichstagsbeschluß vom 15. Dezbr. gerichteten, von seinen Freunden als „künstlich gemacht“ bezeichneten Bewegung eine echte und wahre Bewegung in der Nation hervorzurufen, ist es ganz besonders erfreulich, daß nun die Zeit gekommen, wo der Freihandel wieder populär wird; denn bei keinem anderen Zoll könne man nachweisen, daß die Interessen der breiten Masse der Bevölkerung, und vorzugsweise der ärmeren Klassen so in Mitleidenschaft gezogen werden, wie beim Kornzoll, und bei keinem anderen Zoll sei die Position der Schutzoll-Interessenten so schwach wie hier. Wenn er dies auch nicht nachweist, so behauptet er es doch ganz im Stile von „Reichsfreund“ und „Reichsblatt“, indem er das Volk auffordert, „die Taschen vor der agrarischen Begehrlichkeit zu schließen“, und andeutet, es werde dem Volke zu viel zugemuthet, „sich einem gesetzlichen Zwange ohne Murren zu fügen, mittels dessen die städtische Arbeiterfamilie jährlich 30 Mark aufbringen muß, damit die Rente des Grundbesizers sich steigert.“ Das heißt in der That nichts anderes, als die breiten Massen der Städter nicht nur gegen die Grundbesitzer, sondern auch gegen den gesetzlichen Zwang selbst in Bewegung setzen durch die Vorspiegelung, daß ihnen das Brod künstlich vertheuert werde.

Nun, es mag sein, daß dies im Interesse der Freisinnler ist, und daß die Antikornzoll-Bewegung wieder etwas ihre Segel blähen wird. Unwahrheiten und Entstellungen spielen auch im politischen Leben eine große Rolle, und es wäre nicht das erste Mal, daß die Volksmassen sich verführen ließen. Aber diese Antikornzoll-Bewegung hat eben nur das eine Ziel, nämlich das einseitige Interesse der Freisinnler zu wahren und den verrosteten Schild der Freihändler wieder blank zu putzen. Im Interesse des Volkes ist ihre Arbeit nicht! Wer sich derartiger Mittel bedient, das Volk gegen andere Klassen und gegen den gesetzlichen Zwang in Bewegung zu setzen, der ist wahrlich kein Freund des Volkes! Bei der geplanten Erhöhung der Kornzölle kann es vernünftiger Weise

weder die Absicht sein, die Reichen reicher und die Armen ärmer zu machen, noch ist anzunehmen, daß, wenn eine solche Wirkung auch nur möglich wäre, gerade diejenigen Parteien, welche die Socialreform auf ihre Fahne geschrieen haben, mit der Erhöhung der Kornzölle einverstanden wären. Wenn von dieser Seite diese Maßregel befürwortet wird, so geschieht dies nur, um die Nothlage der Landwirthschaft zu beseitigen, d. h. dasjenige Gewerbe, welches die Rohstoffe zur Nahrung und Kleidung des Volkes liefert, zu schützen und so die wichtigste Grundlage für das Leben des Volkes wie für den Staat aufrechtzuerhalten. Das geschieht weder im Interesse einer Partei oder einer Berufsklasse, noch zum Schaden der arbeitenden Klassen in den Städten, sondern das geschieht im Interesse des gesammten Volks und des Staates. Diese Erkenntniß wird mehr und mehr durchdringen, und dann werden diejenigen, welche das Volk nur als Mittel zum Parteizweck gebrauchen, und die Kolonialfrage lediglich dazu benutzen, um ein Geschäft für ihre eigene Partei zu machen, gewiß auch von den städtischen Massen über Bord geworfen werden.

Die Einwände gegen die Getreidezölle.

Die Hauptargumente der Gegner gegen die Getreidezölle sind folgende: einmal behaupten sie, daß die Zölle nur einer geringen Zahl von Großgrundbesitzern Vortheile bringen, und sodann, daß sie die Lebensmittel zum Nachtheil der ärmern Klassen vertheuern. Prüft man diese Argumente auf ihren wahren Werth und betrachtet man sie genauer, so stellt sich heraus, daß sie in Wahrheit das Gegentheil von dem beweisen, was sie beweisen sollen, und daß sie sich gegen den Standpunkt ihrer Urheber selbst kehren.

Dies wird des Näheren in einer Brochüre des bairischen Oekonomieraths Dr. Löll mit dem Titel: „Der Getreideschutz Zoll, eine Nothwendigkeit für Deutschland“, ausgeführt. Der Verfasser, welcher aus seiner siebenundvierzigjährigen praktischen landwirthschaftlichen Erfahrung schöpft, stellt sich — und das wollen wir auch einmal an seiner Hand thun — auf den Standpunkt der Getreidezoll-Gegner, d. h. er giebt zu, daß nur ein Theil der Landwirthe direkten Vortheil von den Zöllen hat und daß das Brod theurer wird, und dennoch fordert er die Verdreifachung der Getreidezölle, nicht im Interesse der sog. „Agrarier“, sondern im Interesse selbst der kleinsten Landwirthe, nicht zum Schaden des armen Mannes, sondern zu seinem Vortheil und zum Nutzen des gesammten Landes.

Diejenigen kleinen häuerlichen Wirthschaften, welche kein Getreide verkaufen, sondern Mehl zukaufen müssen, haben sich in hervorragender Weise der Viehzucht zugewandt. Die Viehpreise stehen augenblicklich hoch, sind aber doch schon im Vergleich zum Anfang der Siebziger Jahre gesunken, weil sich die Viehzucht ausgedehnt hat; eine Ueberproduktion an Vieh ist sehr leicht möglich. Wenn nun die Großbauern und Großgrundbesitzer wegen der stetig sinkenden Getreidepreise sich genöthigt sehen, den Getreidebau einzuschränken und ihr Heil immer mehr in der Viehzucht zu suchen, so muß dies einen weiteren Rückgang der Viehpreise zur nothwendigen Folge haben. Die weitere Folge würde sein, daß sich die Einnahmen aller Kleinbauern außerordentlich vermindern werden, und daß ihnen das gekaufte billige Mehl doch sehr theuer zu stehen kommt. Also auch diese Kleinbauern haben ein großes Interesse daran, daß die Preise des Getreides nicht unter seine Produktionskosten sinken. Ebenso fällt der Vortheil derjenigen kleinen Landwirthe in die Augen, welche nur wenig Getreide verkaufen können. 30 oder 60 Mk., die sie mehr erzielen könnten, werden Tausende von Bauern vor Verschuldung bewahren, und geben Vielen das Mittel, ihre Steuern zu bezahlen, deren wegen sie jetzt zum Wucherer gehen müssen. Außerdem haben auch diese einen indirekten Vortheil von der Erhöhung der Getreidepreise, insofern hierdurch ein weiteres Sinken der Viehpreise verhütet wird.

Was nun aber die Getreide- und Lebensmittelpreise anbetrifft, so führt der Verfasser an der Hand sorgfältiger Untersuchungen aus, daß sie nicht gleichen Schritt gehalten haben mit den übrigen Preisverhältnissen. In den vierziger Jahren gingen die ersteren dauernd in die Höhe. Die Folge war, daß auch die Löhne stiegen, zumal in Folge der großen Eisenbahnbauten und der immer weiteren Ausdehnung der Industrie. Seit dem Jahre

1830 sind die Löhne und Verdienste der Handwerker und Geschäftsleute um 200 bis 300 und mehr Procent gestiegen, die Getreidepreise aber stiegen bis zu den siebziger Jahren nur um 72 Procent, mit dem Beginn der achtziger Jahre sind sie auf 62 Procent, in den letzten drei Jahren auf 56 Procent der Getreidepreise von Mitte der dreißiger Jahre gesunken, und zwar allein durch die übermäßige Getreideeinfuhr. Diese hat das Gleichgewicht in den Preisen aller Dinge und Leistungen gestört. Während die Arbeiter ihre gegenwärtigen hohen Löhne den Jahren verdanken, als die Getreidepreise hoch standen, sind letztere gesunken, ohne daß erstere ihnen gefolgt sind. Dieses Mißverhältniß kann jedoch nicht lange andauern: eine Fortdauer oder ein weiteres Sinken der Getreidepreise muß auch die Löhne wieder herabziehen. Wenn die Landwirthe, um nicht finanziell ruinirt zu werden, bei den niedrigen Getreidepreisen ihre baaren Ausgaben auf das äußerste einschränken müssen, so würde dies eine allgemeine Geschäftsstockung zur Folge haben und wäre gleichbedeutend mit einer Herabdrückung des Arbeitslohnes. Nimmt man an, daß die Getreidezölle nicht nur den Getreidepreis, sondern auch den Brodpreis erhöhen — eine Annahme, welche wir für ungerechtfertigt halten, die wir aber einmal mit dem Verfasser gelten lassen wollen — so würde die Erhöhung der Getreidezölle eben nur das bisher gestörte Gleichgewicht in den Preisverhältnissen wieder herstellen. Wollte man aber auch ferner mit dem Verfasser den Getreidezollgegnern Recht geben, daß die Erhöhung der Getreidezölle sich als ein einseitiger Vortheil für die Landwirthschaft und als ein Nachtheil für die Consumenten herausstellt, so würde, wie der Verfasser mit Recht darthut, die Folge die sein, daß dann auch alle anderen Dinge und Leistungen, namentlich aber die Arbeitslöhne im Preise steigen würden.

Wie gesagt, eine solche Folge halten wir für unwahrscheinlich. Aber angenommen, der von den Getreidezollgegnern vertretene Standpunkt wäre richtig, so ergiebt sich nach den gewiß zutreffenden Darstellungen des Verfassers, daß weder in dem einen, noch in dem anderen Falle von der Uebervortheilung einer Klasse vor der anderen die Rede sein kann, und daß die nachtheiligen Wirkungen für den armen Mann, für den die Freihändler eine Lanze brechen, jedenfalls nicht zu befürchten sind.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Nachdem bereits seit längerer Zeit die Cholera in Frankreich wieder erloschen ist, hat der Kultusminister die Verfügung vom 2. Aug. v. J., betreffend das Verbot der Ein- und Durchfuhr von gebrauchter Leib- und Bettwäsche, gebrauchten Kleidern, Habern und Lumpen aller Art aus Frankreich mit dem 1. Februar d. J. wieder aufgehoben.

Politische Tagesfragen.

Kaiser Wilhelm, der von seinem Unwohlsein erfreulicher Weise wiederhergestellt ist, empfing am Sonntag die Präsidenten des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses, welche sich nach geschehener Constatuirung der beiden Häuser in üblicher Weise Seiner Majestät vorzustellen hatten.

Der Bundesrath hat in seiner Sonnabend Sitzung die Vorlage betreffend den Abschluß eines Auslieferungsvertrages zwischen dem Reich und Rußland dem Ausschuß für Justizwesen überwiesen und den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 im Wesentlichen nach den von den Ausschüssen für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Gewerbe gemachten Vorschlägen angenommen.

Die Nationalliberale Correspondenz berichtet über die Vorgänge in der letzten Sitzung der Dampfersubventions-Commission, daß, als die Nationalliberalen und Conservativen nach Ablehnung der Linien nach Afrika und Australien vor Schluß der letzten Abstimmung diesen Vorstoß für werthlos erklärt hatten, Herr Eugen Richter geantwortet habe: „Dahin wollten wir Sie gerade haben.“ Diese Worte bestätigen die Annahme, die sich Einem schon längst aufdrängte, daß die Freisinnigen und die mit ihnen Verbündeten, in der Scheu, sich dem populären Gesetz gegenüber direct ablehnend zu verhalten, darauf ausgegangen sind und noch ausgehen, die Vorlage zu verstümmeln und für die Freunde des Gesetzes unannehmbar zu machen, um letztere dann zu beschuldigen, durch ihren Uebereifer das Gesetz zu Falle gebracht zu

haben. Das Verfahren ist durchsichtig und wird Niemanden im Volke darüber käufchen, wer es schließlich war, der das Gesetz nach bekannter fortschrittlicher Manier geköpft hat.

Die Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchsteuern befinden sich in steigender Bewegung. In der Zeit vom 1. April 1884 bis Ende Dezember 1884 hat sich im Vergleich zu demselben Zeitraume des Vorjahres die Einnahme aus den Zöllen, der Tabaksteuer, der Salz-, Branntwein- und Brausteuer (nebst Uebergangsabgaben), dem Spielkartenstempel und den Stempelabgaben für Werthpapiere wesentlich erhöht, und nur die Rübenzuckersteuer hat einen Rückgang aufzuweisen; ein kleiner Rückgang ergibt sich auch bei der Wechselstempelsteuer. Das Mehr aus den zur Reichskasse gelangten Einnahmen gegenüber den Einnahmen des in dem gleichen Zeitraum Vorjahres beträgt 12 108 812 M. und nach Abzug des Ausfalls aus der Rübensteuer im Betrage von 8 957 392 = 3 151 420 M. Besonders stark ist die Zunahme der Einnahme aus der Branntweinsteuer und Uebergangsabgabe von Branntwein = 2 390 395 M., ferner aus der Brausteuer = 667 865 und aus den Zöllen = 8 141 795 M. Das spricht nicht für die Wahrheit der „freisinnigen“ Behauptung von dem wirtschaftlichen Rückgang, wohl aber dafür, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse sehr gute wären, wenn die Rübenzuckerindustrie und die Landwirthschaft nicht darniederlägen.

Die vor einiger Zeit von den Blättern gebrachten Mittheilungen über eine Deutsche Besitzergreifung an der Sierra-Leone-Küste in Afrika werden jetzt durch den Brief eines deutschen Lootsen in Sierra-Leone an den „Hannoverschen Courier“ bestätigt. Diesem Briefe zufolge fuhr Corvetten-Capitän Chüden von S. M. Schiff „Ariadne“ am 1. Januar an Bord eines Privatdampfers „Susu“ den Bramiahfluß hinauf, um dem Könige William Fernandez einen Besuch zu machen. „Wir wurden, so heißt es in dem Brief, freudig von ihm begrüßt und empfangen — er hielt eine lange Ansprache an den Capitän Chüden, in der er seine Freude zu erkennen gab, daß nun endlich sein lang gehegter Wunsch in Erfüllung gehen würde, „sein Land unter deutschen Schutz gestellt zu sehen.“ Er gab zu, schon vor einigen Jahren Verträge provisorischer Art mit Frankreich abgeschlossen zu haben, wollte sich jedoch nicht länger an dieselben binden. Von seiner Seite war also alles in Ordnung. Nun war aber die Frage: „Können die vorherigen Verträge übergangen oder umgestoßen werden; sind dieselben rechtskräftig oder nicht!“ Um die nöthige Ueberzeugung davon zu erlangen, mußten dieselben zur Stelle geschafft werden, und nicht ohne Mühe, Zeitverlust und Zanf zwischen dem König und seinem Secretär wurden die Verträge endlich um 12 Uhr Nachts herbeigeholt. Der letzte Vertrag datirte vom 4 September 1884 und war in einer solchen Weise abgefaßt, daß auch kein Haar gefunden werden konnte — er war vollständig gültig und regelrecht. Wir mußten also darauf verzichten, die deutsche Flagge im Bramiah wehen zu sehen. Wir gingen alle wieder an Bord der „Susu“, und um 4 Uhr Morgens dampften wir den Fluß wieder hinunter bis nahe der Mündung, wo am südöstlichen Ufer ein kleiner Nebenfluß von geringer Tiefe, der Yatia, mündet; hier schifften die Officiere wieder aus und gingen per Ruderboot den Yatia hinauf bis zur Stadt gleichen Namens, der Hauptstadt und Residenz des Königs von Capitah „Mkali Bangah“. Hier hatten wir mehr Erfolg: um 6 Uhr Abends wurde die deutsche Flagge aufgezogen bei Anwesenheit des Königs, der Officiere und gegenwärtigen Matrosen der „Ariadne“ und einer Menge Volkes. Dann folgte ein Tanz der Eingeborenen und die Sache war beendet. Capitah ist jetzt deutsches Eigenthum des Hauses F. Colin in Stuttgart. Es ist ein fruchtbares Land mit schönen hohen Bergen und von zwei schiffbaren Flüssen begrenzt dem Dubrica und Bramiah.“

Dem Abgeordnetenhaufe ist eine Vorlage wegen Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes zugegangen, durch welche im Ganzen 60 700 000 M. für diese Zwecke verwendet werden sollen. Die einzelnen Forderungen sind in Kürze folgende: I. Zur Herstellung von Eisenbahnen und der durch dieselbe bedingten Erweiterung des Fuhrparks der Staatsbahnen und zwar: a) zum Bau einer Eisenbahn: 1) von Hildesheim nach Braunschweig die Summe von 3 500 000 M., 2) von Hochneukirch nach Grevenbroich die Summe von 1 150 000 M., 3) von Oppeln nach Namslau die Summe von 3 400 000 M., 4) von Glas nach Rückers die Summe von 1 580 000 M., 5) von Rogasch nach Inowrazlaw die Summe von 6 610 000 M., 6) von Deutsch-Krone nach Kallies die Summe von 3 100 000 M., 7) von Löwenberg nach Templin die Summe von 2 115 000 M., 8) von Stralsund nach Rostock mit Abzweigung von Belgast nach Barth die Summe von 4 606 000 M., 9) von Neustadt a./D. über Mehenburg bis zur

Landesgrenze die Summe von 3 800 000 M., 10) von Hannover nach Bisselhövede die Summe von 5 100 000 M., 11) von Fulda nach Gersfeld die Summe von 1 280 000 M., 12) von Warburg nach Krosen die Summe von 2 490 000 M., 13) von Witten nach Morsbach die Summe von 858 000 M., 14) von Schee nach Silfchede die Summe von 950 000 M., b. zur Beschaffung von Betriebsmitteln: die Summe von 8 945 000 M., zusammen 49 484 000 M. II. Zur Anlage des zweiten Geleises auf den nachstehend bezeichneten Strecken und zu den dadurch bedingten Ergänzungen und Geleisveränderungen auf den Bahnhöfen: 1) Weissenfels-Pröttitz nebst Herstellung einer Kreuzungsstation zwischen Zeitz und Krossen und von Geleiserweiterungen auf den Bahnhöfen Weissenfels, Luckenau und Zeitz die Summe von 1 140 000 M., 2) Eichenberg-Leinefelde die Summe von 1 180 000 M., 3) Bodenfelde-Pardegen die Summe von 800 000 M., 4) Lauenbrück-Buchholz die Summe von 680 000 M., 5) Homburg v. d. H.-Oberufel die Summe von 340 000 M., 6) Blettenberg-Grevenbrück die Summe von 575 000 M., 7) Bönen-Hamm die Summe von 326 000 M., 8) Sterkrade-Wesfel die Summe von 475 000 M. Zusammen 5 516 000 M. III. Zu nachstehenden Bauausführungen: 1) Für die Erbauung eines Geschäftsgebäudes für die königliche Eisenbahn-Direktion in Bromberg die Summe von 1 450 000 M. 2) für die Erbauung eines definitiven Empfangsgebäudes auf dem Bahnhofe Kreienzen die Summe von 750 000 M., 3) für die Umgestaltung der Bahnhofsanlagen zu Münster in Westfalen die Summe von 3 500 000 M., zusammen 5 700 000 M., insgesammt 60 700 000 Mark.

Wie wir einem vorläufigen Berichte der Kieler Handelskammer entnehmen, war das Jahr 1884 für die Fischerei des Bezirkes, welche ihren Hauptsitz in Ellerbeck hat, — hier allein wohnen 58 Fischerfamilien — nur theilweise befriedigend. Die Buttischerei gestaltete sich recht einträglich, dagegen war die Zeit des Spottfanges, des Anfangs November eintretenden Frostes wegen, zu kurz. Doch erwies sich die gefangenen Sprotten an Größe wie an Güte ausgezeichnet. Der Ertrag an Häringen war nur mittelmäßig, der Dorichfang blieb sehr flau. Dasselbe gilt vom Kalfang. Lohnender machte sich die Krabbenfischerei, die jetzt wieder lebhafter betrieben wird, als vor einigen Jahren. Die aufgezogenen Seemuschel-Pfähle zeigen sich sehr gut besetzt und liefern befriedigende Erträge. Die an Ort und Stelle gefangenen Häringe und Sprotten gehen zum großen Theile in die Hände der in Ellerbeck, Gaarden und Kiel ansässigen Fischräucherer und Exporteure über, können jedoch deren Bedarf bei Weitem nicht decken, weshalb eine ziemlich bedeutende Zufuhr von fremden Fangplätzen erfolgt. Im Frühjahr werden Häringe aus den Beltplätzen und von Kopenhagen, Sprotten aus Flensburg, Apenrade und Eckernförde, im Winter Häringe aus Jütland und Schweden bezogen. Außerdem kommen im Sommer aus Norwegen und Schweden größere Mengen Makrelen und grüne Aale. Die Räucherer, welche ihre Hauptthätigkeit von August bis Mai entfalten, haben ein besseres Resultat erzielt als die Fischer, da die fremde Zufuhr beträchtlich und daher das Geschäft regelmäßig war. Ganz bedeutend gestaltete sich das Versandgeschäft, welches weit über die Grenzen Deutschlands hinausgeht. — Ueber einen andern specifisch holsteinischen Artikel, die Butter, meldet derselbe Bericht, daß die Butterproduktion zu Anfang des Jahres unter den Einwirkungen der vorjährigen schlechten Heuernte litt. Der Minderertrag an Winterbutter wurde indessen mehr als reichlich in der Grasperiode ausgeglichen. Feine Butter bildete das ganze Jahr hindurch einen gesuchten Artikel; zeitweilig, zumal im Herbst, genügten die Lieferungen nicht für die Ausführung der vorliegenden Aufträge. Trotzdem war der Geschäftsgang nicht günstig, da hohe Qualitätsanforderungen in Verbindung mit den zeitweilig sehr getriebenen Preisen denselben erschwerten. Die feine Winterwaare fand in England willigen Absatz, während es dort an Absatz für die Sommerbutter fehlte. Dagegen erfreute sich Stoppelbutter eines lebhaften und anhaltenden Begehres. Das Geschäft in präferirter Butter, welches seinen Hauptabsatz in tropischen Ländern sucht, konnte nur mit Anstrengung und durch die bewährte Qualität gegen die gesteigerte Mitbewerbung namentlich französischer und holländischer Waaren das Absatzfeld behaupten.

In der afrikanischen Conferenz wurde am Sonnabend die Declaration über den dritten Punkt des Conferenzprogrammes nach der von der Commission vorgeschlagenen Fassung angenommen. Es übrigte nur noch, eine Form zu finden, in welche die Gesamtbeschlüsse der Conferenz zu kleiden sind. Mit dieser Aufgabe ist zunächst wieder die Commission betraut worden.